

Der Wille fehlt

*In der EU-Energiepolitik dominiert das Verwalten
des Status Quo. Von Oliver Geden*

Wenn sich die 28 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in dieser Woche zum Gipfel treffen, dann steht neben Personalfragen zum wiederholten Male die Energiepolitik auf der Agenda. Man könnte dies für ein positives Zeichen halten, schliesslich zeigt nicht zuletzt der ukrainisch-russische Gaskonflikt, wie wichtig ein gemeinsames europäisches Vorgehen wäre. Der Eindruck täuscht. Die Tatsache, dass sich der Europäische Rat permanent mit energiepolitischen Zukunftsfragen beschäftigen muss, ist vor allem Ausdruck seiner Unfähigkeit, sich auf weitreichende Entscheidungen zu einigen. Dies betrifft nicht nur die Festlegung von Energie- und Klimazielen bis zum Jahr 2030, sondern auch die sehr viel unmittelbarere Frage, wie mit dem Risiko von Lieferunterbrechungen bei russischem Erdgas umzugehen wäre.

Als die EU im Jahr 2007 erstmals verbindliche energiepolitische Langfristziele bis 2020 beschloss – 20 Prozent Emissionsminderung und 20 Prozent Erneuerbaren-Anteil –, ging es nicht zuletzt auch darum, für die EU neue Zukunftsthemen zu erschliessen. Im Jahr zuvor war Europa erstmals von einer Unterbrechung des Gas-Transits durch die Ukraine betroffen. Zudem wollte sich die EU im Vorfeld des Klimagipfels von Kopenhagen als treibende Kraft präsentieren. Doch der Gestaltungswille währte nur kurz. In den Folgejahren traten interne Differenzen immer stärker zutage: auf der einen Seite die Staaten Nord- und Westeuropas, für die der Umweltschutz immer noch zentral ist, auf der anderen Seite die Osteuropäer, die Versorgungssicherheit und niedrige Energiepreise höher bewerten – in der EU-Energie- und Klimapolitik konnten keine substanziellen Entscheidungen mehr getroffen werden.

Aufgrund der langen Investitionszyklen in der Energiewirtschaft und der notwendigen Positionsbildung vor dem als entscheidend geltenden Uno-Klimagipfel Ende 2015 in Paris hat inzwischen bereits ein neuer Verhandlungszyklus über den EU-Politikrahmen für die Jahre nach 2020 begonnen. Doch seitdem die EU-Kommission zu Jahresbeginn konkrete Vorschläge für Energie- und Klimaziele bis 2030 präsentiert hat, spielen die Mitgliedstaaten vor allem auf Zeit. Von einer einstimmigen Zielentscheidung, mit der alle Staats- und Regierungschefs leben können, ist man noch weit entfernt. Frühestens im Oktober wird es soweit sein. Doch die Osteuropäer, die insgeheim von einem Scheitern des Uno-Klimagipfel 2015 ausgehen, werden versuchen, dabei eine Revisionsklausel durchzusetzen. Das Argument, Europa solle seine Ambitionen zurückschrauben, wenn nicht endlich auch andere Industrie- und Schwellenländer vergleichbare Verpflichtungen eingehen, zwingt Nord- und Westeuropäer in eine ungewohnte Rolle. Die Messlatte für einen Erfolg des Klimagipfels wird tiefer gelegt, schon die minimalste Bewegung der USA und Chinas mit grossem Beifall bedacht.

Auch die Hoffnung, die Ukraine-Krise werde die EU-Staaten energiepolitisch näher zusammenbringen, ist inzwischen verfliegen. Zwar ist man sich einig, dass die Verwundbarkeit gegenüber dem Gaslieferanten Russland verringert werden soll. Doch über den Weg herrscht Uneinigkeit. Die Krise wird von allen Regierungen als Bestätigung der bisher schon gesetzten Prioritäten interpretiert. Viele Länder Nord- und Westeuropas treten für mehr Klimaschutz und den Ausbau der Erneuerbaren ein, in Osteuropa sieht man die heimische Kohle im Vorteil und möchte in die Förderung von Schiefergas einsteigen. Zwar betonen alle EU-Länder die Wichtigkeit des Infrastrukturausbaus, doch von Bulgarien bis Österreich versteht man darunter zuallererst den Bau einer neuen Gazprom-Pipeline – unter Umgehung der Ukraine. Lediglich bei der Bedeutung der Energieeffizienz sind sich alle einig. Eine stringente europarechtliche Regulierung möchte eine Mehrheit der Mitgliedstaaten jedoch tunlichst vermeiden.

Auch wenn in allen 28 Hauptstädten gerne betont wird, dass die EU mit einer gemeinsamen Energiepolitik mehr erreichen könne, so verfolgt doch keine Regierung eine genuin europäische Strategie: Mehr Europa wird nur angestrebt, wenn die eigenen Präferenzen EU-weit durchgesetzt werden können. Falls nicht, betonen sie lieber die nationale Souveränität über den eigenen Energiemix und drohen mit der Blockade weiterer Integrationsschritte. In der EU-Energiepolitik dominiert nicht der Wille zum Gestalten, sondern das Verwalten des Status Quo. Das bevorzugte Instrument dieser Art von Energiepolitik wird auch beim anstehenden EU-Gipfel wieder zum Einsatz kommen: der Formelkompromiss.